



Fraktionserklärung der KR-Fraktion,
verlesen am 2.11.2009 im Kantonsrat

Denn sie wissen nicht, was sie tun

Das Zürcher Stimmvolk hat am 28. September 2008 - vor mehr als einem Jahr - mit einem Ja-Stimmenanteil von 56% die Volksinitiative „Schutz vor Passivrauchen“ angenommen.

Per Medienmitteilung hat die Volkswirtschaftsdirektion am letzten Mittwoch mitgeteilt, dass der Regierungsrat das Rauchverbot in Gastronomiebetrieben per 1. Mai 2010 in Kraft setzen wird. Diese Ankündigung ist nicht ganz neu. Neu ist nur das Datum.

Im Februar 2009 hat der Regierungsrat mitgeteilt, dass er beabsichtige, das Rauchverbot eventuell auf den 1. Oktober 2009 in Kraft zu setzen. Im weiteren Verlauf des Jahres hat der Regierungsrat diese Absicht auf den 1. Januar 2010 verschoben. Dies mit der Begründung, dass er, der Zürcher Regierungsrat, auf den Bund angewiesen sei, beziehungsweise auf die weiteren Ausführungsbestimmungen des Bundesgesetzes zum Schutz vor Passivrauchen. So weit so gut, nur keinen Fehler machen. – Wie haben es bloss die anderen Kantone, z.B. Tessin, St. Gallen oder Graubünden gemacht?

Weiss der Zürcher Regierungsrat, was er tut?

Er erfährt aus den Medien, dass der Bundesrat die Verordnung zum Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen beschlossen hat sowie den Inkraftsetzungstermin. Den konkreten Inhalt der Bundesverordnung kennt der Regierungsrat noch nicht. Auf dieser ihm unbekanntem Grundlage wird die Inkraftsetzung eines Volksentscheides des Zürcher Stimmvolkes nochmals um Monate hinausgeschoben.

Wir sagen: Der Regierungsrat weiss nicht, was er tut! Das Verzögern der Umsetzung Volksentscheides bekräftigt jene, die den Urnen regelmässig fernbleiben, da sie denken, sie hätten sowieso keinen Einfluss auf das öffentliche Geschehen. Und jene, die am 28. September 2008 an der Urne waren, kommen sich ein bisschen ... komisch vor.

Denn sie wissen nicht, was sie tun: Bei Sachabstimmungen ist eine Stimmbeteiligung von 30% schon fast die Regel. Was der Regierungsrat mit dem Volksentscheid des Zürcher Volkes vom 28. September 2008 getan hat, ist letztlich demokratiefeindlich